



## Baden-Württemberg


MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND  
ENERGIEWIRTSCHAFT  
DER MINISTER

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT,  
FORSCHUNG UND KUNST  
DIE MINISTERIN

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg  
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

Herrn  
Jörg Rupp  
Albert-Schweitzer-Str. 17  
76316 Malsch

Stuttgart, 2. 2. DEZ. 2011

—  Dein Blog-Beitrag „Forschung“ vom 10. Dezember 2011

— Lieber Jörg,

mit großer Verwunderung haben wir den Blog-Beitrag „Forschung“ vom 10. Dezember 2011 auf Deiner Homepage zur Kenntnis genommen. In diesem Beitrag äusserst Du Dich auch zur Atomforschung und führst hierzu aus, am Institut für Transurane (ITU) solle „Forschung an den sogenannten Reaktoren der 4. Generation“ stattfinden.

Du zitierst danach aus dem Mediationsverfahren, das auf Initiative des Umweltministeriums hin durchgeführt und im Internet umfangreich dokumentiert wurde, den folgenden Satz: „Das ITU verpflichtet sich, seine Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit zukünftigen Reaktorsystemen auf sicherungs- und sicherheitsrelevante Untersuchungen der Kernbrennstoffe zu begrenzen. Forschung im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung von neuen Reaktorlinien ist damit ausgeschlossen.“

Im Zentrum Deines Artikels steht der darauffolgende Absatz: „Damit ist klar, dass Umweltminister Franz Untersteller damit einverstanden ist, dass dort an der nächsten Generation Kernelemente geforscht werden darf. Forschung in einem Bereich, aus dem wir den Ausstieg über lange Jahre gekämpft haben. Der Minister ermöglicht so den Weiterbetrieb von Kernreaktoren auf der Welt mit deutschem Know-How. Auch das teile ich überhaupt nicht.“

Lieber Jörg, es irritiert uns sehr, dass in Deinem Beitrag der Eindruck entsteht, der grüne Umweltminister wäre mit Forschung an Generation IV-Reaktoren einverstanden und würde den Weiterbetrieb von Kernreaktoren „ermöglichen“. Wir möchten Dir daher in diesem Schreiben anhand der Sachlage erläutern, warum wir mit Deiner Bewertung nicht übereinstimmen.

Die Selbstverpflichtung des ITU sieht ausdrücklich vor, dass die Mitwirkung des ITU an Generation IV-Entwicklung (auch: Brennstoffentwicklung) ausgeschlossen wird, nicht aber die Sicherheits- und Sicherungsforschung an Generation IV-Brennstoffen und auch nicht die entsprechende Inspektorenausbildung:

„Soweit Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit zukünftigen Reaktorsystemen (z.B. Generation IV) durchführt werden, beziehen sich diese Forschungsarbeiten ausschließlich auf sicherungs- und sicherheitsrelevante Fragestellungen im Hinblick auf den Einsatz von Kernbrennstoffen in diesen Reaktorsystemen und die dazugehörigen Brennstoffkreisläufe einschließlich Zwischen- und Endlagerung, nicht aber auf Entwicklungsarbeiten für diese Reaktoren.“

Diese Regelung ist aus unserer Sicht deshalb sinnvoll, da weltweit und leider auch in unseren Nachbarstaaten möglicherweise Reaktoren dieses Typs gebaut werden. Sosehr wir das als Grüne missbilligen (und das tun wir als Politiker, die schon seit Jahrzehnten gegen die Kernenergie in Baden-Württemberg kämpfen), können wir es doch außerhalb unseres Einflussbereichs nicht verhindern. Wenn aber diese Reaktoren gebaut werden, dann ist es doch gerade aus grüner Sicht höchst wünschenswert, dass die Sicherheitsaspekte der dabei entstehenden Radionuklide erforscht werden, damit wir im Falle einer Freisetzung dieser Stoffe so gut wie möglich reagieren können.

Das ITU hat besondere Kompetenzen insbesondere im Bereich des „nuklearen Fingerabdrucks“, also bei der Nachverfolgung und Zuordnung von radioaktivem Material, das irgendwo gefunden wird, sowie im Bereich der Ausbildung von Inspektoren für die IAEA. In unseren Augen besteht trotz der klaren Ablehnung von Generation IV-Reaktoren ein Interesse daran, dass das ITU in den o.g. Bereichen weiter aktiv ist und z.B. erforscht, was bei einem ernstem Unfall in einem solchen Reaktor passiert.

Wichtig ist aus unserer Sicht in erster Linie, dass das Institut nicht dazu beitragen wird, dass Generation IV-Reaktoren schneller entwickelt oder wirtschaftlich attraktiver werden.

Da wir auf das ITU als ausschließlich EU-finanziertes Forschungsinstitut nur begrenzten Einfluss haben, halten wir die mit der Mediation erreichte Reduzierung des radioaktiven Inventars für einen großen Verhandlungserfolg. Diese ganzen Festlegungen wurden in einem transparenten und öffentlich dokumentierten Verfahren in fünf Mediationssitzungen mit den Beteiligten erarbeitet. Der Mediator Michael Sailer vom Öko-Institut ist völlig unverdächtig, die Interessen der Atomindustrie befördern zu wollen, weshalb wir größtes Vertrauen in das von ihm verfasste Maßnahmenpapier haben. Wir glauben, dass hier im Rahmen des verfassungsrechtlich Möglichen eine gute Lösung erzielt wurde, indem vernünftige, enge Grenzen für die Forschungsaktivitäten des ITU gesetzt wurden.

Eine Alternative hierzu sehen wir nicht. Man kann natürlich fordern, es müsse hier „einen klaren Eingriff in die Forschungsfreiheit gebe[n]“, wie Du das in Deinem Beitrag tust. Doch selbst wenn man sich diese Forderung, die eine Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik (Art. 5 Abs. 3 GG) impliziert, zu eigen macht, muss man doch auch anerkennen, dass es sich hierbei um eine grundsätzliche und daher getrennt zu sehende Fragestellung und im Hinblick auf die Umsetzung um einen höchst langwierigen Prozess mit ungewissem Ausgang handelt.

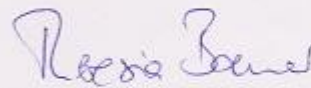
Bis dahin gilt das Grundgesetz, und wir müssen uns bei der Lösung der aktuellen Probleme in seinem Rahmen bewegen. In ebendiesem Rahmen wurde das bestmögliche Ergebnis erzielt, und als solches sollten wir GRÜNE das Ergebnis des Mediationsverfahrens auch gemeinsam kommunizieren.

Wir hoffen, dass wir mit diesem Schreiben Dein Verständnis für das Vorgehen und das Ergebnis in Sachen ITU vergrößern konnten. Es wäre aus unserer Sicht wirklich schade, wenn die hier geleistete gute Arbeit im Nachhinein in einem schlechten Licht erscheinen würde, weil eine davon getrennt zu sehende Grundsatzdebatte zur Forschungsfreiheit an diesen Prozess angedockt wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Franz Untersteller'.

Franz Untersteller MdL

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Theresia Bauer'.

Theresia Bauer MdL